

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

17. WP - 50. Sitzung

am Mittwoch, dem 1. Februar 2012, 10 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Hans-Jörn Arp (CDU)	Stellv. Vorsitzender
Karsten Jasper (CDU)	
Markus Matthießen (CDU)	
Ursula Sassen (CDU)	i. V. von Jens-Christian Magnussen
Wilfried Wengler (CDU)	i. V. von Hartmut Hamerich
Regina Poersch (SPD)	
Olaf Schulze (SPD)	i. V. von Bernd Schröder
Marion Sellier (SPD)	
Oliver Kumbartzky (FDP)	
Christopher Vogt (FDP)	
Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Björn Thoroë (DIE LINKE)	
Lars Harms (SSW)	

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags über die Situation der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit 2009 bis 2010	5
Drucksache 17/1799	
2. Barrierefreiheit im Nah- und Fernverkehr	9
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/1925	
3. Arbeitsplätze bei der Firma Secop in Flensburg	11
Antrag der Fraktion der SPD Umdruck 17/3505	
4. Armuts- und Reichtumsberichterstattung	13
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/1850	
5. Bürgerbeteiligung im Bereich der erneuerbaren Energien	14
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/1922	

- 6. a) Schnelle Kompensation von Standortschließungen in Schleswig-Holstein 15**
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 17/1940](#)
- b) Von der Bundeswehrreform betroffene Beschäftigte und Standorte aktiv unterstützen**
- Antrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 17/1973](#)
- c) Konsequenzen aus der Bundeswehrstrukturreform**
- Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
[Drucksache 17/1974](#)
- Änderungsantrag der Fraktion des SSW
[Drucksache 17/2013](#)
- d) Konversion von Bundeswehrstandorten als Entwicklungschance für Kommunen**
- Antrag der Fraktion DIE LINKE
[Drucksache 17/1978](#)
- Selbstbefassung gem. Art. 17 LV in Verbindung mit § 14 Abs. 1 GeschO -
hierzu: [Umdruck 17/3063](#)
- 7. Beschlüsse der 25. Veranstaltung „Jugend im Landtag“ 16**
- Schreiben des Landtagspräsidenten vom 5. Dezember 2011
[Umdruck 17/3270](#)
- 8. Verschiedenes 17**

Der stellvertretende Vorsitzende, Abg. Arp, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung beim
Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags über die Situation der
behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit
2009 bis 2010**

[Drucksache 17/1799](#)

(überwiesen am 6. Oktober 2011 an alle Ausschüsse des Landtags mit Ausnahme des Petitionsausschusses)

Einleitend berichtet LB Dr. Hase von einer kürzlich stattgefundenen Tagung zu den Themen Hilfeplanung, Kommunalisierung der Behindertenhilfe und Sorge der Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein im Hinblick auf unterschiedliche Versorgungssituationen. Zentrale Frage dieser Tagung sei gewesen: Was wünschten sich Menschen mit Behinderung bezüglich der Hilfeplanung. Er stellt in Aussicht, einen Sonderbericht über diese Tagung für den Landtag vorzubereiten.

Des Weiteren verweist LB Dr. Hase auf einen neuen Flyer zum Thema Barrierefreiheit. Dieser informiere darüber, wo und zu welchen Aspekten der Barrierefreiheit es in Schleswig-Holstein die schnellsten und umfassendsten Informationen gebe. Dieser sei gemeinsam mit der Architekten- und Ingenieurkammer Schleswig-Holstein herausgegeben worden. Dies sei ihm sehr wichtig gewesen, weil er die Kammer gern in die Pflicht nehme, was den Bereich Barrierefreiheit angehe. Im Tätigkeitsbericht habe er diesem Anliegen auch Raum gegeben.

Gemeinsam mit der Architektenkammer habe eine Fortbildung für Architekten und Bauingenieure zum Thema Barrierefreiheit stattgefunden. Die Architekten sähen inzwischen, wie wichtig ihre Kompetenz beim Thema Barrierefreiheit sei. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sei hierbei nicht nur die Gruppe der behinderten Menschen, sondern auch die der älteren und alten Menschen zu sehen. An der Fachhochschule Lübeck und der Fachhochschule für Verwaltung in Kiel sei das Thema Barrierefreiheit ebenfalls Gegenstand der Ausbildung.

Von den Ausführungen in seinem Bericht hält LB Dr. Hase für die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses die Barrierefreiheit im Bus- und Bahnverkehr für interessant. Bei den aktuellen Ausschreibungen der Verkehrsnetze werde darauf hingewirkt, dass die Standards der Barrierefreiheit gehalten bzw. verbessert werden könnten. Es werde das Zwei-Sinne-Prinzip angestrebt, das bei der Gestaltung von Hinweisen dazu führe, dass ein Sinn durch einen anderen ersetzt werde.

Sorge bereite - so fährt LB Dr. Hase in seinen Bemerkungen fort -, dass bei der Sanierung des Kanaltunnels in Rendsburg keine Möglichkeiten zur Selbstrettung behinderter Menschen implementiert werden könnten, und die Barrierefreiheit im schleswig-holsteinischen Tourismus. Die Entwicklung in diesem Bereich stagniere zurzeit, und er bitte darum, dass die Fraktionen Kontakt zu ihm aufnehmen, sollten sie hier ebenfalls Handlungsbedarf sehen.

Abschließend ruft er die im März 2009 in Kraft getretene und in seinem Bericht behandelte UN-Konvention zu den Rechten von Menschen mit Behinderung in Erinnerung. Danach sei Barrierefreiheit eine Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche des täglichen Lebens betreffe und die immer abgeprüft werden müsse.

Der stellv. Vorsitzende, Abg. Arp, bekräftigt, dass die Barrierefreiheit im Tourismus ein wichtiges Thema sei. In Bezug auf den demografischen Faktor teile er die Ansicht, dass es immer mehr Menschen geben werde, die Barrierefreiheit brauchten. Er sehe hierin einen großen, zukunftssträchtigen Markt. Gleiches gelte auch bei der Integration von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt.

Abg. Poersch wirft zum Kanaltunnel in Rendsburg die Frage auf, wie die Einbindung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung in die Planungen der zuständigen Behörden aussehen müsste, um eine tatsächliche Verbesserung zu erreichen. LB Dr. Hase informiert darüber, dass die Aufgabe des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung lediglich darin bestehe, auf Defizite hinzuweisen. Eine Beratung könne von ihm und seinen Mitarbeitern nicht geleistet werden. Die Erfahrung zeige, dass im Bereich Barrierefreiheit nicht nur die Kompetenz der Architekten, sondern auch die der Bauträger, der verantwortlichen Behörden und Bauämter weiter gesteigert werden müsse. Ebenso fehle in Schleswig-Holstein die Verknüpfung der Beratungen bei Baumaßnahmen und Hilfsmitteln.

Auf eine weitere Frage von Abg. Poersch erklärt LB Dr. Hase, dass es nach einem Gespräch im September letzten Jahres keine weiteren Kontakte mit den Tourismusfachleuten, insbesondere mit der TASH, bezüglich eines Masterplans Barrierefreiheit im Tourismus gegeben habe.

Abg. Dr. Tietze bemängelt die Diskompatibilität der Förderprogramme im Tourismusbereich mit Blick auf Barrierefreiheit. LB Dr. Hase pflichtet ihm bei.

Auf eine Frage von Abg. Sellier nach Leitbildern zur Teilhabeplanung bemerkt LB Dr. Hase, dass sich hier Verbesserungen abzeichneten.

Abg. Vogt bittet um Auskunft darüber, wie das Interesse der Unternehmen gestärkt werden könne, Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. LB Dr. Hase gibt bekannt, dass ein gemeinsames Projekt mit dem Wirtschaftsbereich der Fachhochschule Kiel diese Frage beantworten solle. Ergebnisse werde er zu gegebener Zeit dem Landtag zu-leiten. Darüber hinaus weist er darauf hin, dass die Realität in den Behindertenwerkstätten oft nicht mit dem übereinstimme, was sich nicht behinderte Menschen vorstellten. Wenn ein Be-hinderter aus einer Behindertenwerkstatt in den ersten Arbeitsmarkt wechsele, gebe er seine Sicherheit auf. Denn bei einer Rückkehr habe er nicht automatisch wieder Anspruch auf einen Arbeitsplatz in einer Behindertenwerkstatt.

Abg. Sassen regt an, die Landesbauordnung dahingehend zu ändern, die Barrierefreiheit auch im privaten Bereich zu regeln, gerade auch vor dem Hintergrund, dass es nicht genug barrierefreien Wohnraum gebe, um die ambulante Pflege der stationären vorzuziehen. LB Dr. Hase informiert darüber, dass junge Menschen im Alter von 30 bis 40 Jahren, die ein Haus bauen wollten, durchaus den Wunsch nach Barrierefreiheit äußerten. Die gestiegene Nachfrage führt er auf ein verändertes Bewusstsein zurück.

Abg. Jasper erkundigt sich, wie die kommunalen Planer angesprochen werden könnten, damit die Menschen mit Behinderung noch mehr in den Fokus rückten. LB Dr. Hase schildert, dass er regelmäßig in Kontakt mit Sozialausschüssen der Kommunen stehe. Darüber hinaus wür-den sich die Kommunen auch immer mehr an ihn wenden, wenn es um die Bestellung von kommunalen Behindertenbeauftragten gehe. Schließlich werde er auch oft gebeten, speziell für Kommunalpolitikerinnen und -politiker Fortbildungsangebote zu realisieren.

Der stellv. Vorsitzende, Abg. Arp, stellt in Aussicht, das Thema erster und zweiter Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung sowie die Frage, wie Fachkräfte aus dem von Dr. Hase betreuten Bereich gewonnen werden könnten, einmal in einer separaten Sitzung des Ausschusses zu diskutieren.

Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem federführenden Sozialausschuss, dem Landtag vor-zuschlagen, den Bericht des Landesbeauftragten, [Drucksache 17/1799](#), zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Barrierefreiheit im Nah- und Fernverkehr

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 17/1925](#)

(überwiesen am 18. November 2011 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Sozialausschuss)

Abg. Dr. Tietze fragt, welche qualitativen Ziele das Land bezüglich Barrierefreiheit im Schienenverkehr benennen könne und welche Folgen es hätte, wenn sich das Land dafür entscheide, mehr Haltestellen barrierefrei zu errichten. Minister de Jager erwidert, das Land könne hier lediglich über die Vertragsgestaltung Einfluss nehmen. Beispielhaft führt er hier das Netz Mitte an.

Abg. Sellier spricht die mangelnde Flexibilität im öffentlichen Nahverkehr an. RL Sörensen bekennt, dass über dieses Thema in seinem Haus schon länger diskutiert werde. Mit den Kommunen seien Vereinbarungen getroffen worden, dass die Kreise Barrierefreiheit auch in den regionalen Nahverkehrsplänen stärker berücksichtigen müssten. Es gebe eine Checkliste, in der aufgeführt sei, was als grundsätzliche Voraussetzung in den Regionalplänen berücksichtigt werden müsse.

Der stellv. Vorsitzende, Abg. Arp, fragt nach, inwieweit die Fahrpläne besser aufeinander abgestimmt werden könnten. RL Sörensen schildert, dass es schwierig sei, dies umzusetzen. Es werde zwischen Pendlern und Schülern differenziert. Bei einer Dominanz des Schülerverkehrs sei eine Abstimmung des Fahrplans nicht immer möglich.

Auf eine weitere Frage von Abg. Dr. Tietze, ob das Zwei-Sinne-Prinzip Kriterium in den Ausschreibungsverfahren sei, antwortet RL Sörensen, dass das überall vorgesehen und auch Stand der Technik sei.

Des Weiteren erkundigt sich Abg. Dr. Tietze nach der Häufigkeit der Zusammenkünfte des Runden Tisches für mobilitätsbehinderte Reisende und einem dazugehörigen Umsetzungscontrolling. RL Sörensen beziffert die Anzahl der Zusammenkünfte auf zweimal jährlich. Hierbei erfolge eine Abstimmung der konkreten Maßnahmen, und es werde berichtet, was umgesetzt worden sei.

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Bericht der Landesregierung, [Drucksache 17/1925](#), zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Arbeitsplätze bei der Firma Secop in Flensburg

Antrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 17/3505](#)

Zu den im Antrag der Fraktion der SPD aufgeworfenen Fragen informiert M de Jager einfürend darüber, dass die ehemalige Danfoss Compressors von der Aurelius Holding übernommen worden sei und seitdem unter dem Namen Secop firmiere. Die Zentrale der Firma mit den Abteilungen Forschung und Entwicklung sowie Vertrieb sei in Flensburg angesiedelt. Weitere Standorte befänden sich in China, Slowenien und der Slowakei.

Bereits zu Zeiten von Danfoss habe es Entlassungen gegeben, die kritisch gesehen worden seien. Aktuell habe es seit Anfang Oktober Signale gegeben, die auf Schwierigkeiten hingewiesen hätten. Es sei zu Kurzarbeit gekommen.

Sodann schildert M de Jager, dass es einen Tag vor der Nachricht des massiven Stellenabbaus noch ein Treffen in der Fachhochschule Flensburg, in der die Firma Secop in Kooperation mit der FH ein Motorenkompetenzzentrum aufgebaut habe, stattgefunden habe. Die Nachricht am Tag nach diesem Treffen habe die Landesregierung „kalt“ erwischt. Sie habe im Vorfeld keine Kenntnis über einen Arbeitsplatzabbau gehabt. Die Fachhochschule habe im Vorwege auch keine Kenntnis davon gehabt. Sowohl die Firma Secop als auch die Fachhochschule hätten nachträglich bedauert, dass es dazu gekommen sei.

Die Firma Secop habe Gespräche mit der Mitarbeitervertretung geführt, die daraufhin die Öffentlichkeit informiert habe. Er, M de Jager, habe sowohl Kontakt zu dem Vertreter der Firma, Herrn S holm, als auch zu der IG Metall. Heute Morgen habe er von der Firma den aktuellen Sachstand erhalten. Betroffen vom Arbeitsplatzabbau seien rund 50 Mitarbeiter. Bei einer Gesamtbeschäftigtenzahl von 186 Mitarbeitern könne dieser Arbeitsplatzabbau nicht ohne Auswirkungen auf die Region bleiben. Zurzeit werde über einen Sozialplan und einen sozialverträglichen Arbeitsplatzabbau verhandelt. Nähere Informationen lägen ihm noch nicht vor.

Für ihn, M de Jager, stehe jetzt im Fokus, den verbleibenden Teil der Firma Secop in Flensburg zu stützen. Langfristig erhoffe er sich hiervon wieder einen Aufbau von Arbeitsplätzen. Nach seinem Kenntnisstand handele es sich bei den Umsatzeinbußen um eine Mischung aus

negativer Marktbewegung und Wettbewerbsnachteilen gegenüber Anbietern aus dem asiatischen Raum. Heute Morgen habe er von Herrn Søholm die Information erhalten, dass Secop beabsichtige, über den Bereich Forschung und Entwicklung wieder zu einem Angebot an Kompressoren zu kommen, die qualitativ so viel besser seien, dass die Wettbewerbsfähigkeit wiederhergestellt werden könne. Hierbei sei das an der Fachhochschule aufgebaute Motorenkompetenzzentrum ein wichtiges Engagement. Von den abzubauenen Arbeitsplätzen werde nur ein sehr geringer Teil im Bereich Forschung und Entwicklung abgebaut. Wenn es gelänge, durch die Kooperation mit der Fachhochschule den verbleibenden Teil von Secop zu stabilisieren und ihn wieder in die Lage zu versetzen, dass es wirtschaftlich bergauf gehe, wäre das ein sinnvoller Beitrag, den die Fachhochschule und damit mittelbar auch das Land leisten könnten.

Sodann Frage erklärt M de Jager, dass die Firma nicht gefördert worden sei. Im Zusammenhang mit dem Motorenkompetenzzentrum der Fachhochschule Flensburg seien 45.000 € aus Landesmitteln zur Verfügung gestellt worden. Diese dienten jedoch Umbaumaßnahmen und kämen somit der Fachhochschule zugute. Es handele sich hierbei nicht um eine versteckte Subventionierung der Firma Secop, sondern vielmehr sollte die Fachhochschule in die Lage versetzt werden, diese Kooperation einzugehen. Die sehr enge Verbindung der Fachhochschule mit der Firma Secop biete der Fachhochschule und ihren Studierenden große Vorteile.

Darüber hinaus habe er prüfen lassen - dies hat auch in dem Gespräch mit dem Vertreter der IG Metall eine Rolle gespielt -, ob es in den zurückliegenden Jahren Förderungen von Danfos im Kompressorenbereich gegeben habe. Das sei nicht der Fall gewesen. Es habe Förderungen von Danfos Silicon Power in Schleswig gegeben, aber nicht im Kompressorenbereich.

Abg. Schulze wirft die Frage auf, ob die angestrebte Unterstützung der Firma Secop auch eine finanzielle Unterstützung beinhalten solle und in welchem Rahmen diese gewährt werden solle. M de Jager erwidert, dass es in Ermangelung einer konkreten Anfrage auch keine konkreten Gespräche gebe. Die Firma habe noch keinen Förderantrag gestellt. Für ihn stelle es sich so dar, dass die Firma erst einmal innerhalb ihrer Kostenstrukturen die Wettbewerbsfähigkeit wieder erreichen wolle, was an die Bereiche Forschung und Entwicklung gekoppelt sei. Ob sich daraus Förderungen des Landes ergeben könnten, hänge davon ab, ob ein Antrag gestellt werden würde und dieser förderungsfähig sei. Er gehe davon aus, dass sich das Unternehmen diesbezüglich aber noch in einem zu frühen Stadium der Überlegungen befinde.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Armuts- und Reichtumsberichterstattung

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 17/1850](#)

(überwiesen am 14. Dezember 2011 an den **Sozialausschuss** und den **Wirtschaftsausschuss**)

Abg. Dr. Tietze kritisiert, dass der Bericht vor dem Hintergrund der Querverbindungen zum Wirtschaftsausschuss lediglich die Themen „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ und Mittelstandsoffensive behandle. Er sei enttäuscht, dass Themen wie Tariftreue und flächendeckende Mindestlöhne in dem Bericht nicht enthalten seien. Er wirft die Frage auf, warum diese Themen unter dem Punkt Wirtschaftsförderung nicht erwähnt worden seien. Minister de Jager entgegnet, dass er den von Abg. Dr. Tietze hergestellten Sachzusammenhang nicht erkenne. Die Wirtschaftsförderung, die in seinem Ministerium ressortiere, habe ausschließlich positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.

Auf Anregung von Abg. Poersch empfiehlt der Wirtschaftsausschuss dem federführenden Sozialausschuss, zu dem Bericht eine Anhörung durchzuführen. Im Übrigen nimmt der Ausschuss den Bericht [Drucksache 17/1850](#) zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Bürgerbeteiligung im Bereich der erneuerbaren Energien

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 17/1922](#)

(überwiesen am 16. Dezember 2011 an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

Die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses nehmen den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

a) Schnelle Kompensation von Standortschließungen in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 17/1940](#)

b) Von der Bundeswehrreform betroffene Beschäftigte und Standorte aktiv unterstützen

Antrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 17/1973](#)

c) Konsequenzen aus der Bundeswehrstrukturreform

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
[Drucksache 17/1974](#)

Änderungsantrag der Fraktion des SSW
[Drucksache 17/2013](#)

d) Konversion von Bundeswehrstandorten als Entwicklungschance für Kommunen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
[Drucksache 17/1978](#)

- Selbstbefassung gem. Art. 17 LV in Verbindung mit § 14 Abs. 1 GeschO -

hierzu: [Umdruck 17/3063](#)

Die Ausschussmitglieder verabschieden zu den Vorlagen im Wege der Selbstbefassung einen interfraktionell getragenen Beschlussvorschlag, [Umdruck 17/3536](#), an den federführenden Innen- und Rechtsausschuss.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Beschlüsse der 25. Veranstaltung „Jugend im Landtag“

Schreiben des Landtagspräsidenten vom 5. Dezember 2011

[Umdruck 17/3270](#)

Die Ausschussmitglieder nehmen die Beschlüsse der 25. Veranstaltung „Jugend im Landtag“ zur Kenntnis und stellen es den Fraktionen anheim, sich daraus ergebende parlamentarische Initiativen zu ergreifen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Dr. Tietze beantragt, das Kommunalabgabengesetz im Wege der Selbstbefassung im Wirtschaftsausschuss zu beraten, da es schwerpunktmäßig die Kurabgabe enthalte, und sich in der nächsten Sitzung mit dem aktuellen Stand beim Flughafen Lübeck-Blankensee zu befassen. Der stellv. Vorsitzende, Abg. Arp, ergänzt, zum Punkt Blankensee, dass auch die Hansestadt Lübeck und die Flughafengesellschaft Lübeck-Blankensee sowie ggf. die IHK Lübeck eingeladen werden sollten.

Abg. Thoroer beantragt für die nächste Sitzung einen Bericht des MWV über den aktuellen Sachstand zum Verkauf der AKN-Anteile.

Der stellv. Vorsitzende, Abg. Arp, schließt die Sitzung um 11:25 Uhr.

gez. Hans-Jörn Arp
Stellv. Vorsitzender

gez. Wiebke Wollmann
Protokollführerin